

Die SPD und ihre Probleme mit Rüstungsfragen

## Frieden schaffen mit Waffen

Der deutsche Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel will weniger Waffen exportieren. Das Thema beschäftigt seine Genossen in der Rüstungshochburg Bremen seit langem: Ideale und Pragmatismus prallen hier besonders hart aufeinander.

von

**Matthias Sander, Bremen**

27.10.2015, 13:16 Uhr

6

[Kommentare](#)

Barbara Heller ist sich treu geblieben. 1968 zog sie mit Tausenden von Studenten durch die Strassen und skandierte «Nie wieder Krieg!», heute steht sie als «Friedensfrau» auf dem Bremer Marktplatz – als eine von neun. Heller, eine freundliche Frau in Outdoorjacke, kommt jeden Donnerstag zur Mahnwache. Ihr Haar ist so schlohweiss wie das der meisten «Friedensfrauen», der einzige Mann trägt Halbglätze. Eine Stunde lang halten die Demonstranten ein Banner hoch: «Nein zur Nato, Ja zum Frieden.» «Rüstungsexport ist Mord.» «Rüstungsstandort Bremen – gut für Kriege in aller Welt.»

Wenn Barbara Heller mit Passanten spricht, stellt sie oft fest, dass selbst Bremer nicht um die Bedeutung ihrer Stadt als Rüstungsstandort wissen. Es liegt wohl daran, dass hier keine Panzer und Gewehre produziert werden, sondern weniger greifbare Rüstungsgüter: Flugzeuge und Drohnen bei Airbus, Übungssimulatoren und Aufklärungssensoren bei Rheinmetall Defence Electronics, Marinetechnik bei Atlas Elektronik, Patrouillenboote in der urbremischen Lürssen-Werft, Satelliten bei OHB. Die Firmen kommen im Rüstungsbereich auf mindestens 4000 Arbeitsplätze, mehr als eine Milliarde Euro Umsatz und einen fünfprozentigen Anteil an der deutschen Rüstungsbranche,

[wie es in einer Broschüre von Bremer Aktivisten von 2011 heisst](#)

### Pazifisten im Rathaus

An diesem Donnerstag beachtet kaum jemand die «Friedensfrauen». Passanten hasten in die Einkaufsstrassen, Touristen fotografieren die Roland-Statue, und ein Stadtführer stellt sich mit einer Gruppe nur deshalb zu den «Friedensfrauen», damit sie «our beautiful town hall» besser sehen, das mittelalterliche Rathaus im Stil der Weser-Renaissance. Dort, im Büro des Chefs der Landesregierung, der in Bremen Bürgermeister heisst, residieren seit 1945 ohne Unterbruch Sozialdemokraten. Unter ihnen Kriegsdienstverweigerer, Pazifisten und seit Juli Carsten Sieling: Er promovierte in den neunziger Jahren über das damalige Bremer Konversionsprogramm – die Umstellung militärischer auf zivile Produktion – und kritisierte später als Bundestagsabgeordneter Rüstungsexporte.

In Bremen lässt sich also beobachten, wie politische Ideale auf

wirtschaftliche Interessen prallen – und wie dabei rüstungsfreundliche Politik entsteht. Das Beispiel Bremen lässt erahnen, warum der sozialdemokratische Wirtschaftsminister

[Sigmar Gabriel sich so schwer tut, die deutschen Rüstungsexporte zu reduzieren](#)

(siehe Zusatz unten). Und es offenbart hübsche Pointen: Ein pazifistischer Alt-Bürgermeister freut sich über den Waffenumschlag in Bremer Häfen. Der daran verdienende Hafengebieteigentümer zählt einen Friedensaktivisten zu seinen Aktionären. Und über Ethik und Moral reden nicht SPD-Politiker, sondern die bürgerliche Bundestagsabgeordnete.

## Immer wieder Gewissensbisse

Der pazifistische frühere Bürgermeister ist Henning Scherf. Der 76 Jahre alte Hüne lädt zum Tee in seine Stadtwohnung, viele Bücherregale, im Wohnzimmer ein Flügel. Immer wieder klingelt das Telefon, Scherfs Frau kommt herein, später eine vor Boko Haram geflüchtete Nigerianerin mit ihrem Kind. Gewissenskonflikte in Sachen Militär und Rüstung begleiten Scherf nach eigener Aussage sein Leben lang. Es scheint, dass sich einiges aufgestaut hat, was er sich nun von der Seele reden will. Scherfs Nachfolger Böhrens und Sieling standen für Gespräche nicht zur Verfügung.

Scherf wuchs in Nazi-Deutschland auf, verweigerte 1957 den Kriegsdienst, beriet andere Verweigerer und engagierte sich in der Friedensarbeit. 1980 ging er als Bremer Jugendsenator an eine Demonstration gegen ein Gelöbnis von 1200 Rekruten im Bremer Weserstadion, die in Strassenschlachten ausartete. 1997 holte er als Bürgermeister die umstrittene Reemtsma-Ausstellung zu Wehrmacht-Verbrechen ins Rathaus, was der Koalitionspartner CDU verhindern wollte. «Da dachte ich: Du musst vermitteln, nicht mehr polarisieren.» Beim nächsten Gelöbnis hielt Scherf die Ansprache.

Wie hielt er es mit den Rüstungsfirmen? «Wer hier Regierungschef ist, der ist ganz nah an den Rüstungsbetrieben, der muss sich mit denen verständigen.» Als Erstes besuchte er, so erzählt er, die Lürssen-Werft. Friedrich Lürssen, Nachkomme des Firmengründers, war Honorarkonsul für das Indonesien von Machthaber Suharto, dem Lürssen seit Jahrzehnten Patrouillenboote verkaufte. Lürssen befürchtete Proteste und schottete sich mit einem Sicherheitsdienst ab. Nicht gerade die diskrete hanseatische Art, sagte Scherf nach eigenen Worten zu Lürssen. Der Sicherheitsdienst ging, Scherf und Lürssen freundeten sich an.

Man kennt sich im kleinsten Bundesland, aus der Schule, vom Segeln, vom Fussballverein Werder Bremen, von Spendengalas. Auch den verstorbenen Gründer des Satellitenbauers OHB und dessen Frau, Manfred und Rita Fuchs, bezeichnet Scherf als Freunde: «Das sind tolle Bremer Kaufleute. Wenn man mit denen redet, wollen sie alles dafür tun, dass es keine Kriege gibt.»

## Selbständigkeit dank den Häfen

Das sehen Barbara Heller und ihre Mitstreiter anders. Am Tag nach der Friedensmahnwache wird sie wieder zu einer Mahnwache gehen, an der es

nicht um Krieg und Frieden allgemein, sondern «gegen den Rüstungsstandort Bremen» geht. Ein Banner bezichtigt die Bremer Betriebe, an Kriegen zu verdienen. Auf Plakaten heisst es etwa: «Hafensenator Günthner und BLG, stoppt die Verschiffung von Waffen!»

Die BLG Logistics Group betreibt die Bremer Häfen und gehört mehrheitlich der Stadt Bremen. 2013 verschifft sie rund 15'000 Tonnen Patronen, Raketen und Granaten aus nichtbremischer Produktion ins Ausland, wie eine Anfrage der Bremer Linken-Fraktion ergab. Dazu kommen Zehntausende Tonnen Kriegswaffen und Rüstungsgüter, die nicht in den Statistiken des Hafenamts erfasst werden müssen.

Für Joachim Fischer, den Gründer der Bremen-Mahnwache, ist das ein Skandal. Der 55 Jahre alte Künstler ist seit mehr als 20 Jahren Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft, die einst die Parole «Frieden schaffen ohne Waffen» erfand. Fischer ist auch Aktionär der BLG – um jedes Jahr [den Teilnehmern der Hauptversammlung ins Gewissen zu reden](#)

. «Leider verfängt bei vielen noch das Pseudoargument der Arbeitsplätze», sagt Fischer resigniert. Am Ende seiner Reden überreicht er jeweils ein symbolisches Mitbringsel. Im Mai war das ein Schwamm in Herzform, verbunden mit der Bitte: «Reinigen Sie bitte endlich Bremen und die BLG vom Dreck des Rüstungsgüterexports.»

So einfach geht das für Henning Scherf nicht: «Es ist völlig absurd zu glauben, dass man als regionalpolitisches Parlament und Regierung so einen weltweiten Betrieb politisieren und aus dem Rüstungsmarkt drängen könnte», sagt er. Schliesslich stünden die Bremer Häfen in Konkurrenz mit Hamburg, Rotterdam und Singapur. Was Bremen nicht mache, mache eben die Konkurrenz. Dann wird Scherf grundsätzlich: «Bremen ist kein gallisches Dorf, wo alles anders läuft. Wir nehmen an allem teil, wir sind voll globalisiert.» Das sei die einzige Chance für den Fortbestand des Stadtstaats, dessen Existenz in der Föderalismusdebatte oft infrage gestellt wird. «Das Hauptargument für unsere Selbständigkeit ist, dass Bremen das zweitgrösste Bruttoinlandprodukt pro Kopf nach Hamburg hat.»

## Heikles im Koalitionsvertrag

So argumentiert auch Heiner Heseler, der bis im Sommer SPD-Staatsrat – also Staatssekretär – für Wirtschaft und Häfen war. In einem Café spricht er so offenherzig wie nüchtern: «Wenn weniger Waffen hergestellt werden, werden auch weniger transportiert.» Zur eigentlichen Rüstungsproduktion sagt Heseler, er fände es unglaublich, wenn Bremen sich bei all den derzeitigen Kriegen mit seinen Kompetenzen aus der Sicherheitsdiskussion ziehen würde.

Deshalb ärgert Heseler sich über einen Absatz im [Koalitionsvertrag der neu aufgelegten rot-grünen Regierung](#) unter Carsten Sieling. Dort steht recht vage: «Auf Bundesebene werden wir uns weiter für eine striktere Kontrolle und restriktive Genehmigungspraxis der Rüstungsexporte einsetzen. Industrielle Arbeitsplätze müssen unabhängiger werden von militärischer Produktion. Die Rüstungskonversion findet unsere politische Unterstützung.» Heseler sagt, er habe umsonst auf

den mangelnden Erfolg des alten Bremer Konversionsprogramms hingewiesen – einziges dauerhaftes Ergebnis blieb die Umwandlung einer Kaserne in die private Jacobs-Universität. Auch deshalb freut sich etwa die linke Gewerkschaft IG Metall in Bremen eher über gutbezahlte Arbeitsplätze für Ingenieure, statt Konversion zu fordern.

Sowieso ist der Einfluss von Landespolitikern in Rüstungsfragen begrenzt. Die Musik spielt für Rüstungsbetriebe nicht in Bremen, sondern in Berlin und Bonn, in den Ministerien für Verteidigung, Wirtschaft und Auswärtiges sowie im Kanzleramt – Friedrich Lürssen etwa begleitete Kanzlerin Angela Merkel 2011 nach Angola, das Lürssen-Boote kaufte. Marco Fuchs, der kantige Chef des Satellitenbauers OHB, sagt: «Für das Raumfahrtgeschäft ist die Politik in Deutschland und Europa massgeblich.»

OHB baut hauptsächlich zivile Satelliten, etwa für das Navigationssystem Galileo. Die Firma sieht sich selbst zwar nicht als Rüstungsbetrieb, baut aber auch Aufklärungssatelliten für die Bundeswehr. Deshalb geriet OHB 2011 ins Visier von Studenten der Universität Bremen, als bekannt wurde, dass die Firma eine Stiftungsprofessur finanziert – obwohl die Uni eine Zivilklausel hat, wonach sie nur zivil forscht. Marco Fuchs beteuert, die Professur widme sich rein ziviler Grundlagenforschung; Kritiker argumentieren mit der sogenannte Dual-Use-Problematik, dass Forschungsergebnisse womöglich militärisch genutzt werden.

## **Gutmenschen gegen Gewissenlose**

Die Diskussion um die Zivilklausel fand Steffen Leuthold typisch. Er war Sprecher von OHB und ist es nun für Atlas Elektronik. Nach Leutholds Wahrnehmung gibt es in Bremen in Rüstungsfragen zwei Lager: die Wirtschaftsfreundlichen, die stolz auf die Hightech-Massarbeit der Ingenieure seien – und die Kritiker von «Mordinstrumenten». Zwischen den beiden Lagern gebe es keinen Dialog: «Wir setzen uns nur gegenseitig unsere Thesen vor.»

In diesem Schema würde die CDU-Bundestagsabgeordnete Elisabeth Motschmann zu den Wirtschaftsfreundlichen zählen. Aber diese Zuordnung weist sie entschieden von sich: Das Gespräch in ihrem Wahlkreisbüro beginnt sie mit Verweis auf ethisch-moralische Argumente von Theologen, die den Gebrauch von Waffen etwa bei Notwehr oder Nothilfe verteidigen. Die Zitate sammelte sie für ein Positionspapier, das Sigmar Gabriels Rüstungsexportpolitik kritisierte, weil «eine Welt ohne Waffen derzeit leider in weiter Ferne» liege.

Motschmann besuchte Anfang des Jahres mit 20 Fraktionskollegen Bremer Rüstungsbetriebe. «Ich wollte mit dem Besuch zeigen: Wir lassen euch nicht links liegen, wir stehen zu euch.» Denn wer die Bundeswehr befürworte, müsse auch für eine deutsche Verteidigungsindustrie eintreten, die den bestmöglichen Schutz für die Soldaten gewährleiste. Deshalb ärgert Motschmann sich besonders über SPD und Grüne: «Ich will nicht, dass auf der einen Seite die Gutmenschen stehen, die für Menschenrechte eintreten, und auf der anderen Seite CDU und CSU, die sich angeblich aus rein wirtschaftlichen Gründen für die Industrie einsetzen.»

## «Das ist kein Opportunismus»

Motschmann befürchtet, dass die Bremer SPD sich unter Bürgermeister Sieling von der Rüstungsbranche entfernt und die Kritik an Rüstungsexporten wächst. Der Sozialdemokrat Heseler hingegen weist darauf hin, dass Sieling noch Bundestagsabgeordneter war, als er einen saudischen Milliardenauftrag für die Lürssen-Werft kritisierte. «Als Bürgermeister ist das eine andere Diskussion. Ich glaube, er weiss, dass er sehr vorsichtig sein muss.» Ähnlich äussert sich der ehemalige Bürgermeister Scherf. Wie er ist auch sein Nachfolger Böhrnsen im Amt pragmatisch geworden, Sieling könnte es ihnen gleichtun. Scherf verteidigt das: «Das ist kein hilfloser Opportunismus, keine Feigheit vor Konflikten. Sondern der Versuch, in diesem täglichen Konflikt zu vermitteln und ihn gestaltbar zu halten.»

Zurück auf den Marktplatz: Die «Friedensfrauen» stehen noch da, obwohl sie seit dreissig Jahren wenig bis nichts bewirken. Barbara Heller beirrt das nicht: «Wenn wir hier nicht mehr stünden, würde diese Position aus dem Stadtbild verschwinden.» Nächste Woche werden sie wiederkommen.

## Firmen spüren Exportrestriktionen kaum

msa. Der deutsche Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel kündigte nach seinem Amtsantritt 2013 an, deutsche Rüstungsexporte restriktiver zu handhaben. Tatsächlich genehmigte der Bundessicherheitsrat, ein Ausschuss der Bundesregierung, im Jahr 2014 sogenannte Einzelausfuhren im Wert von lediglich knapp 4 Milliarden Euro, so wenig wie seit Jahren nicht.

Der Rüstungsexportbericht der Regierung für das erste Halbjahr 2015 zeigt mit Genehmigungen im Wert von 3,5 Milliarden Euro allerdings in die Gegenrichtung. Zudem bestätigte sich erneut, dass umstrittene Exporte in sogenannte Drittstaaten ausserhalb von Nato und EU teilweise steigen. Das kann wie im Fall der jüngsten Panzerlieferung nach Katar daran liegen, dass die entscheidende Genehmigung nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz noch von der schwarz-gelben Vorgängerregierung erteilt wurde und die gegenwärtige Regierung aus Furcht vor Schadenersatzklagen die Ausfuhr endgültig nach dem Aussenwirtschaftsgesetz genehmigte.

Die Bremer Firmen Atlas Elektronik und Rheinmetall Defence Electronics (RDE) spüren bis jetzt keine strengere Praxis. Nur die Bearbeitungszeit für Genehmigungen verzögere sich um sechs bis neun Monate, sagt Thorsten Quade von RDE. «Das ist ein Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen Ländern.» Quade weist darauf hin, dass eine Verschärfung Arbeitsplätze gefährden könne. Zur Sensibilisierung der Politik wünscht er sich einen engeren Dialog unter den Bremer Rüstungsbetrieben.